

Forum Freie Gesellschaft

**Sozialismus,
Wirtschaftsordnung
ohne Privateigentum –
und ohne Perspektive!**

Michael von Prollius



Impressum:

Forum Freie Gesellschaft
Im Schlossgarten 1a
37699 Fürstenberg
info@forum-freie-gesellschaft.de
www.forum-freie-gesellschaft.de

2. Auflage Januar 2017

Sozialismus,
die Wirtschaftsordnung ohne Privateigentum –
und ohne Perspektive!

Michael von Prollius

Forum Freie Gesellschaft

Inhalt

I. Sozialismus ist eine Tragödie	5
II. Die Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung	7
III. Interventionismus führt zum Sozialismus.....	15
IV. Sozialismus gerät mit unseren elementaren Freiheits- und Rechtsidealen in Widerspruch	20
V. Der Dritte Weg führt nach nirgendwo	25
VI. Freiheit ermöglicht mehr Gleichheit als Sozialismus	28
Literaturhinweise	32
Über den Autor.....	34

I. Sozialismus ist eine Tragödie

"Der Sozialismus ist keine Utopie, sondern eine Tragödie, das ist der Punkt, um den es sich heute handelt." schrieb Wilhelm Röpke 1942 in „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, seiner viel beachteten Diagnose zeitgenössischer Missstände.

Fünf Jahre zuvor hatte der heute nur wenigen bekannte Gründervater der Bundesrepublik Deutschland die Bedrohung durch den Kollektivismus, zu dem für ihn Sozialismus und Faschismus gleichermaßen gehörten, in einer zeitlosen Einführung in die Volkswirtschaftslehre mit dem Titel „Die Lehre von der Wirtschaft“ knapp und verständlich zusammengefasst. Jeder Verteidiger des Kollektivismus sei gezwungen, *„den Kollektivismus von einer fünffachen Anklage zu reinigen:*

- 1. dass er außer Stande ist, das Problem der Ordnung und Ergiebigkeit der Wirtschaft befriedigend zu lösen,*
- 2. dass er mit unseren elementaren Freiheits- und Rechtsidealen in Widerspruch gerät,*
- 3. dass er, statt eine Lösung des Monopolproblems zu erreichen, uns in ein unentrinnbares und allumfassendes staatliches Supermonopol hineinführt, das schlimmer ist als alle Privatmonopole,*
- 4. dass er mit den Erfordernissen der internationalen Gemeinschaft unvereinbar ist und*
- 5. dass er eine permanente Inflation unvermeidlich macht.“*

Röpkes fünf Anklagepunkte sind bis heute weder praktisch noch theoretisch widerlegt worden. Der systemimmanente

Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und des sozialistischen Ost-Blocks hat sie samt und sonders bestätigt. Sozialismus bedeutet zwangsläufig die Herrschaft einer privilegierten Funktionärsgruppe über die Masse der Bevölkerung. Sozialismus ist die Aneignung des Privateigentums, um sie Funktionären zur Verfügung zu stellen, die den Regierungs- und Staatsapparat bilden. Sozialismus ist von seinem Wesen her ein „Weg zur Knechtschaft“, wie Friedrich August von Hayek in seinem heute noch lesenswerten Bestseller 1944 aufgezeigt hat.

Wilhelm Röpke war nicht von selbst zu seiner bedeutsamen Erkenntnis gelangt. Er stand zunächst unter deutlichem Einfluss sozialistischer Ideen Walter Rathenaus und Friedrich Naumanns. Erst das Werk des vielleicht bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts änderte seine Grundhaltung hin zu Marktwirtschaft und Freihandel. Dieser Ökonom ist heute im Mainstream wenig bekannt; zugleich aber erfährt er eine außergewöhnliche Renaissance. Die Rede ist von Ludwig von Mises.

II. Die Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung

„Sozialismus ist Aufhebung der Rationalität in der Wirtschaft“ schrieb Ludwig von Mises 1922 in „Die Gemeinwirtschaft“ - der ersten systematischen, wissenschaftlichen Untersuchung des Sozialismus. Im Vorwort urteilt Mises: *„Er [Der Marxismus, MyP] ist Antilogik, Antiwissenschaft und Antidenken, wie denn auch seine vornehmste Grundlage ein Verbot des Denkens und Forschens – nämlich des Denkens und Forschens über die Einrichtung und das Wirken sozialistischer Wirtschaftsordnung“*. Was hat Mises damit gemeint?

Das 2007 erfreulicherweise wieder aufgelegte Buch enthält fast wortgleich einen Aufsatz, den Mises bereits im Jahr 1920 unter dem Titel „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ veröffentlicht hatte. Es ist nicht übertrieben, wenn man ihn als eine der bedeutendsten ökonomischen Schriften des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Darin widerlegt der herausragende Ökonom und Sozialphilosoph, dass der Sozialismus zu einer rationalen Wirtschaftsrechnung und infolgedessen vernünftigen Koordination von Ressourcen fähig sei.

Mit seinen Argumenten traf Mises Sozialisten und Befürworter einer zentral geleiteten Wirtschaft unerwartet ins Mark. Zuvor hatten Kritiker den Sozialisten vorgehalten, Kollektiveigentum schwäche die Arbeitsmotivation. Sozialisten konterten, sie würden einen neuen Menschentypus schaffen. Die furchtbaren Konsequenzen einer derartigen Anmaßung zeigen die Experimente in der Sowjetunion, im Dritten Reich und im maoistischen China, ohne das

Motivationsproblem zu lösen.¹ Entscheidend ist jedoch Mises neues Argument: Eine rationale Wirtschaftslenkung bedarf eines Kriteriums, das den Vergleich von Investitionsalternativen ermöglicht. Schließlich gibt es jederzeit eine Fülle konkurrierender Verwendungsmöglichkeiten für Ressourcen. Welche von ihnen aber ist die wichtigste, und wie kann ich die Alternativen untereinander vergleichen? Dass es sich hierbei keineswegs um ein triviales Problem handelt, zeigt die unüberschaubare Zahl vielfach unspezifischer Ressourcen, die einander auch noch in unterschiedlichem Ausmaß ersetzen können. Soll beispielsweise Arbeit, Kapital, Wissen und Zeit für Hirnforschung oder für die Entwicklung von Therapien neurologischer Erkrankungen wie Demenz verwendet werden? Angesichts der unüberwindbaren Knappheit von Zeit und Ressourcen, die jedes menschliche Handeln begleitet, gibt es eine unausschöpfbare Vielfalt konkurrierender Möglichkeiten, Kapital zu bilden und die Produktionsstruktur jenseits rein technischer Kombinationen von Produktionsfaktoren zu verändern.

In der Marktwirtschaft wird das Problem auf der Grundlage von Geldpreisen mittels einer Rentabilitätsrechnung gelöst, und zwar von den Rohstoffen über Vorprodukte und Maschinen sowie menschlicher Arbeit bis zu den Endprodukten.² Preise zeigen die

1 Marx kann in dieser Hinsicht als Vordenker des GULag gesehen werden, wie Hendrik Hansen in: Politisches Denken. Jahrbuch 2002, 152-174, zeigt.

2 Arbeitsteilung kann sich erst nach der Einführung von Geld voll entfalten. Mit Geld lassen sich Tauschverhältnisse viel besser zum Ausdruck bringen und überschaubar machen als beim Naturaltausch. Es macht einen großen Unterschied, ob der Preis für einen Stuhl von Tischler Johann 25 Mark beträgt

individuelle Wertschätzung von Anbietern und Nachfragern sowie die relative Knappheit des Gutes im Verhältnis zu (allen) anderen Gütern in einer Ziffer an. Marktpreise entstehen emergent als Folge individueller Wahlhandlungen, die wiederum Folge individueller Wertschätzungen sind. Preise vermitteln Wissen. Dazu zählen nicht nur Informationen über das Gut selbst, sondern auch Kenntnisse über Knappheit und Präferenz des Gutes im Vergleich zu anderen. Preise setzen Märkte voraus.

Preise sind aber weder ein absoluter Wertanzeiger noch ein Synonym für den Arbeitsaufwand der Produkterstellung. Preise lassen sich vielmehr als eine Art Signal charakterisieren, das in einen Anreiz eingewickelt ist (Tyler Cowen). Preise besitzen neben der Informationsübermittlung nämlich noch eine andere Eigenschaft: die Entdeckungsfunktion. Sie zeigen, wo sich unternehmerische Aktivitäten lohnen. Das gilt selbst im Fall von Naturkatastrophen wie etwa dem Hurrikan Katrina; Preise signalisieren Knappheiten gerade für Trinkwasser und Lebensmittel, und zwar viel schneller und korrekter, als es die Bürokratie von Behörden und Nichtregierungsorganisationen vermag. Preise sind gerade nicht Ausdruck unmoralischer Geldschneiderei.³ Vielmehr gilt: Preise sagen uns, was wir zu tun haben. Sie machen Wissen einfacher verfügbar und erleichtern damit die Kalkulation und Planung von Unternehmen und privaten Haushalten. Preise erleichtern

oder aber 30 Heringe von Fischer Wilhelm, 25 Liter Bier von Brauer Max und so weiter.

3 Mehr dazu im Roman von Russ Roberts: *The Price of Everything. A Parable of Possibility and Prosperity*, Princeton University Press 2008.

menschliches Handeln.⁴

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, die Feststellung des Hamburger Philosophen Rolf Puster zu beherzigen: *„Das verbreitete anti-kapitalistische (anti-marktwirtschaftliche) Lamento über die 'zunehmende Ökonomisierung der modernen Lebenswelt' und über das 'Diktat wirtschaftlicher Sachzwänge in allen Lebensbereichen' ignoriert bzw. verkennt den wirtschaftenden Charakter des menschlichen Handelns und wendet den Zorn über die naturgegebene Knappheit von Gütern unsinnigerweise gegen diejenige Disziplin, die uns lehrt, mit dieser Knappheit möglichst gut zurechtzukommen: gegen die Ökonomie des freien Marktes, zu welcher sich ein anspruchsvoller Liberalismus bekennt.“*

Übrigens: Die Rentabilität konkurrierender Alternativen beruht auf den Kaufentscheidungen der Konsumenten und ist damit kein willkürliches, sondern ein sehr rationales Kriterium der Bedürfnisbefriedigung. Fazit: Geldpreise kann es nur auf Märkten und nur auf der Grundlage von Privateigentum geben. Alle anderen Preise sind willkürlich und bleiben wegen des Fehlens der genannten Signalfunktion ein kümmerlicher Torso.

Warum können sich im Sozialismus Marktpreise unmöglich bilden? Damit ein Marktpreis entstehen kann, sind zumindest zwei Eigentümer erforderlich, die Güter wertschätzen und austauschen. Im

4 Preise allein reichen zur Koordination allerdings nicht aus. Sie müssen bewertet werden. Genau das tun Unternehmer. Preise können Fehlinformationen enthalten. In einer Marktwirtschaft belohnt der Gewinn- und Verlustmechanismus die erfolgreichen und bestraft die erfolglosen Spekulanten.

Sozialismus gibt es aber nur das so genannte Kollektiv- oder Staatseigentum, das besser als Regierungseigentum bezeichnet werden sollte. Damit ist individuelle Wertschätzung unmöglich. Menschen können ihre Präferenzen nicht frei in Form von Angebot und Nachfrage äußern. Privateigentum und die persönliche Verfügbarkeit darüber bildet die alternativlose Voraussetzung für einen freien Gütertausch mit anderen Menschen, dem wir die Chiffre Markt(wirtschaft) gegeben haben. In sozialistischen Wirtschaftssystemen fehlt zudem der Informationsanzeiger. Infolgedessen gibt es auch keine Knappheitsrelationen. Marktpreise können sich einfach nicht bilden, ja sie sollen ausdrücklich der vermeintlich überlegenen Rationalität der Experten weichen. Ohne Marktpreise sind aber keine Rentabilitäten zu berechnen. Folglich lassen sich dann auch Investitionsalternativen wirtschaftlich nicht miteinander vergleichen: eine rationale Wirtschaftsrechnung ist ausgeschlossen.

Im Sozialismus treten an die Stelle des freien Tausches freier Individuen zwangsläufig Anweisungen und Befehle, die von Funktionären der Staatsbürokratie erteilt werden. Sie haben die Verfügungsrechte aller produktionsrelevanten Güter an sich gezogen. Es ist dabei unerheblich, in welchem Ausmaß das geschieht – Sozialismus ohne Abschaffung des Privateigentums ist kein Sozialismus. Unerheblich ist auch, aus welchen Motiven die Sozialisierung des Eigentums erfolgt. Staatseigentum ist kein Privateigentum.

Entscheidungen werden nicht nach rationalen, sondern nach

politischen Erwägungen getroffen. Die wenigen Bürokraten der zentralen Planungsinstanz und ihrer nachgeordneten Behörden sind es, die bestimmen, welche Güter in welcher Menge und Qualität, auf welche Weise und an welchem Ort durch wen produziert und anschließend nach welchen Kriterien verteilt werden. Ressourcen werden so systematisch falsch verteilt und vergeudet.

Schlimmer geht es immer: Sozialisten können sich noch nicht einmal einen Überblick über das eigentliche Problem und seine Komplexität einschließlich Kosten und Nutzen des Produktionsprozesses verschaffen. Soll ein neuer Autotyp gebaut werden? Wenn ja – von wem und an welchem Standort? Oder ist der Einsatz der Mittel für den Import von Südfrüchten wichtiger?

Sozialisten wollen seit jeher Märkte und Preise abschaffen, sie wollten den „Warencharakter“ der Güter und insbesondere der Arbeit beseitigen, wie Marx es nannte. Damit verhindern Sozialisten, dass sich geistige Arbeitsteilung entfalten kann. Das Ergebnis sind wenige Trabbis und keine Bananen, aber auch riesige Industriekomplexe mit großem Output bei gleichzeitigem Mangel an Nahrungsmitteln. Der sozialistischen Wirtschaftsweise mangelt es an Konsumenten als Befehlsgebern, die nach subjektiven Wertschätzungen zum Entstehen objektiver Geldtauschverhältnisse beitragen dürfen. Auch die Rolle der Unternehmer bleibt unbesetzt, die mit ihrem Gewinnstreben im Wettbewerb miteinander um die produktiven Faktoren derselben Konsumenten stehen, nämlich Arbeit und Kapital.

Die subjektive Rangfolge der Güter und Dienstleistungen verbirgt sich im Kopf eines jeden Mitglieds der Gesellschaft. Im

Kapitalismus kann sie entschlüsselt werden, im Sozialismus bleibt sie hingegen immer ein Geheimnis! Sozialisten können Wohlfahrt kaum steigern, weil ihnen die individuellen Wohlfahrtsbedürfnisse unbekannt bleiben müssen, die ohnehin vermeintlich höheren Interessen unterzuordnen sind.

Im Sozialismus weiß niemand, was am knappsten ist und wann mit welcher Geschwindigkeit, in welcher Qualität und mit welchem Verfahren das Gut produziert werden sollte, geschweige denn wo und von wem. Im Sozialismus wird die mangelnde Rentabilität zwar nicht mehr erkannt, weil das Marktgeschehen außer Kraft gesetzt wird, doch damit verschwindet sie nur für die kurzsichtigen Betrachter. Bereits mittelfristig werden die drastischen Folgen einer derartigen Ignoranz deutlich. Alles sozialistische Wirtschaften ist per se, ist epistemisch hoffnungslos defizitär. Essenzielle Informationen fehlen, die nur auf Märkten zu gewinnen sind. Sozialismus ist ein folgenschwerer intellektueller Irrweg!

Wie passt ein solches Verdikt mit vielfach glänzenden sozialistischen Produktionskennziffern zusammen? Der Unterschied zwischen künstlich gebildeten Kennziffern, die die Komplexität der Welt auf eine überschaubare Größe reduzieren sollen und echtem Wohlstand ist groß. Eine Brücke nach nirgendwo steigert das BIP, nicht aber den Wohlstand.⁵ Individuelle Wohlfahrt muss Ingenieuren,

5 Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) der Bundesrepublik Deutschland vermag kein realistisches Bild der aktuellen Krise wiederzugeben. Immo H. Wernicke urteilt: „die irreführenden Zahlenwerke aus der zentralen Planwirtschaft erinnern an Hermann Hesses „Glasperlenspiel“ und bedürfen einer grundlegenden Reform so wie das gesamte Wirtschafts- und Finanzsystem, dies im Sinne von Adam Smith, Ludwig von Mises und Josef A. Schumpeter.“

Zentralplanern, Bürokraten und Experten vielfach absurd und als Ressourcenverschwendung erscheinen. So berichtet Lena Bodewein in einer Reportage über New York über bizarr anmutende Produkte, darunter teure Eier von vegetarisch gefütterten Hühnern, Ziegenmilcheiskrem mit Erdnussbuttergeschmack oder Salat aus besonderem Anbau, der sieben US-Dollar pro 100g kostet. All das bedeutet für Verkäufer und Käufer persönliche Wohlfahrt, die unmöglich in volkswirtschaftlichen Kennziffern abgebildet werden kann – wohl aber in Preisen.

Angesichts dieser weitreichenden Erkenntnis ist der bis heute überall zu vernehmenden Behauptung der Boden entzogen, eine Planwirtschaft oder ihre mildere Form einer Sozialstaatswirtschaft sei besonders effizient, stabil und der vermeintlichen „Anarchie des Marktes“ überlegen. Staatswirtschaft schafft eine Sphäre politischer Willkür – sie ist „geplantes Chaos“, eine Gesellschaft ohne Wirtschaft. Sozialismus ist die Reinform der Entökonomisierung, das Ende des „Konsumdiktats“ - mit all seinen grauenhaften Folgen bis hin zu den „Helden der Arbeit“ als Vorzeigesklaven der Funktionäre. Die Vorstellung, der Staat könne durch Eingriffe in den Markt den Wirtschaftsablauf stabilisieren, ist lediglich ein Mythos. Wirtschaftspolitische Interventionen verursachen die Instabilität, die sie angeblich beheben wollen, während Preise Harmonie schaffen. Der real existierende Sozialismus war nicht etwa eine gute Idee, die lediglich schlecht umgesetzt wurde, sondern eine schlechte Idee, die nur zu gut umgesetzt wurde. Sozialismus war und ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ohne Perspektive.

III. Interventionismus führt zum Sozialismus

Lassen Sie mich mit einem ausführlichen Zitat die Wesensverwandtschaft von Interventionismus und Sozialismus aufzeigen. Ludwig von Mises hat am Beispiel der Preiskontrollen für Milch auf besonders eindrucksvolle Art und Weise geschildert welche Folgen Interventionismus hat:

„Der Regierung kommt zu Ohren, daß sich die Leute beschweren, weil der Milchpreis gestiegen ist. Milch ist sicherlich sehr wichtig, besonders für heranwachsende Kinder. Deshalb setzt sie einen Höchstpreis für Milch fest, einen Höchstpreis der niedriger ist als der potentielle Marktpreis. Dann sagt die Regierung: „Jetzt haben wir bestimmt alles getan, damit arme Eltern soviel Milch kaufen können, wie sie brauchen, um ihre Kinder zu ernähren.“

Was geschieht aber nun? Einerseits steigt durch den niedrigen Milchpreis die Nachfrage nach Milch. Leute, die sich Milch zum höheren Preis nicht leisten konnten, können es jetzt zu dem niedrigeren, von der Regierung festgesetzten Preis. Andererseits haben einige Produzenten Verluste, nämlich jene, die mit den höchsten Kosten produzieren, d.h. die Grenzproduzenten, denn der Preis, den die Regierung festgesetzt hat, bringt weniger, als ihre Kosten ausmachen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt in der Marktwirtschaft.

Der private Unternehmer, der private Produzent, kann nicht lange mit Verlusten arbeiten. Deshalb schränkt er die Milchproduktion für den Markt ein. Vielleicht verkauft er sein Kühe als Schlachtvieh oder er verkauft stattdessen Milchprodukte, wie Rahm, Butter oder Käse.

Das Ergebnis dieses staatlichen Eingriffs in den Milchpreis ist, daß weniger Milch als zuvor angeboten wird und gleichzeitig die Nachfrage steigt. Es können nicht mehr alle Leute, die bereit sind, den von der Regierung festgesetzten Preis zu zahlen, Milch kaufen. Besonders ängstliche Menschen werden versuchen, als erste in den Geschäften zu sein. Sie müssen nun vor den Geschäften anstehen; lange Warteschlangen vor den Geschäften sind eine bekannte Erscheinung in solchen Städten, in denen die Regierung Höchstpreise für die Waren, die sie für wichtig hält, festgesetzt hat. Das war immer so, wenn der Milchpreis kontrolliert wurde, und das wurde von den Wirtschaftswissenschaftlern auch immer so vorausgesagt. Natürlich nur von den vernünftigen Nationalökonomen, und deren Zahl ist nicht sehr groß. Was ist aber schließlich das Ergebnis dieser staatlichen Preiskontrolle? Die Regierung ist enttäuscht. Sie wollte die Zufriedenheit der Milchtrinker vergrößern. Aber in Wirklichkeit sind diese jetzt unzufriedener als zuvor. Bevor die Regierung sich einmischte, war die Milch teuer, aber man konnte sie kaufen. Jetzt ist nicht mehr genug Milch verfügbar, der Gesamtkonsum an Milch geht zurück. Die Kinder bekommen weniger Milch, nicht mehr.

Die nächste Maßnahme, zu der die Regierung greifen wird, ist die Rationierung. Aber Rationierung bedeutet, daß bestimmte Menschen privilegiert sind und Milch bekommen, während andere leer ausgehen. Wer Milch bekommt und wer nicht, das wird immer sehr willkürlich entschieden. Es kann z.B. angeordnet werden, daß Kinder unter vier Jahren Milch bekommen sollen und daß Kinder, die älter

als vier oder zwischen vier und sechs Jahren sind, nur die halbe Ration bekommen sollen. Wie immer die Regierung auch entscheidet, die Tatsache bleibt bestehen, daß die verfügbare Milchmenge geringer sein wird. Deshalb sind die Menschen unzufriedener als zuvor. Fragt nun die Regierung die Milchproduzenten (weil sie nicht genug Phantasie hat, es selbst herauszufinden), warum sie nicht dieselbe Milchmenge wie zuvor liefern, bekommen sie zur Antwort: „Das können wir nicht. Denn die Produktionskosten sind höher als der von der Regierung festgesetzte Höchstpreis.“ Wenn dann die Regierung die Produktionskosten im einzelnen überprüft, wird sie feststellen, daß das Futter ein wichtiger Posten ist.

„Oh“, sagt die Regierung jetzt, „das ist sehr einfach. Wir werden die gleiche Kontrolle, die wir bei Milch angewandt haben, nun auch auf Futter anwenden und einen Höchstpreis für Futtermittel festsetzen. Sie könne dann ihre Kühe billiger füttern und werden weniger Aufwendungen haben. Dann kommt alles in Ordnung. Sie werden mehr Milch produzieren und mehr Milch verkaufen können.“

Was geschieht aber nun? Die gleiche Geschichte wiederholt sich mit dem Futter, natürlich aus denselben Gründen. Die Futterproduktion sinkt und die Regierung steht vor dem gleichen Problem. Sie sorgt nun dafür, daß neue Anhörungen stattfinden, um herauszufinden, wo es bei der Futterproduktion hapert. Und die Futterproduzenten geben ihr genau die gleiche Erklärung wie die Milchproduzenten. So muß die Regierung noch einen Schritt weiter gehen, denn sie will ja das Prinzip der Preiskontrolle nicht aufgeben. Sie setzt jetzt einen Höchstpreis für die Materialien fest, die zur Futterproduktion

notwendig sind. Und wieder geschieht dasselbe.

Die Regierung geht nun dazu über, nicht nur Milch, sondern auch Eier, Fleisch und andere zum Lebensunterhalt notwendige Güter zu kontrollieren. Und jedesmal erzielt sie dasselbe Ergebnis mit den gleichen Folgen. Sobald sie einen Höchstpreis für Konsumgüter festgesetzt hat, muß sie einen Schritt weiter zurückgehen und auch ein Preislimit für die Produktionsgüter festsetzen, die man zur Produktion der preisgebundenen Konsumgüter braucht. Und so greift sie, nachdem sie mit einigen wenigen Preiskontrollen angefangen hat, immer tiefer in den Produktionsprozeß ein und setzt Höchstpreise für alle möglichen Produktionsgüter fest, natürlich auch den Preis für Arbeit, denn ohne Lohnkontrolle bliebe die staatliche „Preiskontrolle“ wirkungslos.

Hinzu kommt noch, daß der Staat Eingriffe in das Marktgeschehen nicht auf jene Güter beschränken kann, die er für lebensnotwendig hält, wie Milch, Butter, Eier und Fleisch. Er muß sie zwangsläufig auch auf Luxusgüter ausdehnen; denn wenn er deren Preise nicht auch festsetzt, würden Arbeit und Kapital aus der Produktion der lebensnotwendigen Güter in jene Produktionsbereiche abwandern, die der Staat als unnötigen Luxus betrachtet. So zieht – es ist wichtig, sich das klar zu machen – die begrenzte Einmischung in die Preisbildung bei einigen wenigen Konsumgütern zwangsläufig weitere Folgen nach sich, die noch weit weniger zufriedenstellend sind als es die Zustände zuvor waren. Bevor der Staat sich einmischte, waren Milch und Eier zwar teuer, aber nach der staatlichen Einmischung begannen sie vom Markt zu verschwinden.

Die Regierung hielt diese Bereiche für so wichtig, daß sie sich einmischte. Sie wollte das Angebot vergrößern und die Versorgung verbessern. Doch sie erreichte das Gegenteil. Die punktuellen Eingriffe führten zu einem Zustand, der vom Standpunkt der Regierung aus noch viel unerwünschter war als die früheren Verhältnisse, die sie hatte verändern wollen. Und da die Regierung, nachdem sie einmal mit Preiskontrollen begonnen hat, gezwungen ist, weiter und weiter zu gehen, wird sie schließlich an einem Punkt anlangen, wo alle Preise, alle Löhne, alle Zinsen, kurzum alles im Wirtschaftssystem vom Staat bestimmt wird. Und das ist – da besteht kein Zweifel – Sozialismus.“

Das Zitat stammt aus einer sechsteiligen Vorlesungsreihe, die Ludwig von Mises 1958 in Buenos Aires gehalten hat. Sie lassen sich in dem schmalen Band „Vom Wert der besseren Ideen“ nachlesen, der allen ans Herz gelegt sei, die ihre ökonomische und soziale Allgemeinbildung vertiefen möchten.

IV. Sozialismus gerät mit unseren elementaren Freiheits- und Rechtsidealen in Widerspruch

Der Politiker und Publizist Eugen Richter hat bereits 1891 in seinem massenhaft aufgelegten Buch „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“ das kollektivistische Ideal konsequent zu Ende gedacht. Sozialdemokraten erträumten sich damals wie heute gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen; sie versprechen diese politisch zu gestalten. Was geschieht, wenn eine Gesellschaft im Namen der Gleichheit umgestaltet wird, beschreibt ein begeisterter Sozialdemokrat eindringlich anhand persönlicher Erlebnisse in einem fiktiven Tagebuch. Da werden zum Zwecke der Gleichheit Familien zerrissen und soziale Beziehungen zerstört, da verfällt die Arbeitsdisziplin und da müssen bald selbst Grundnahrungsmittel rationiert werden. Die Schabigheit und die Gleichförmigkeit des Alltagslebens sind schon für sich allein bedrückend; sie werden durch einen wachsenden Terror schließlich auch noch lebensbedrohlich.

Bemerkenswert ist, dass viele der Schilderungen Richters am Ende des 19. Jahrhunderts den Alltag kollektivistischer Systeme in der Sowjetunion, NS-Deutschland und der DDR vorwegnahmen. Mit der Ausschaltung des Preismechanismus und der Zerstörung der Trias Eigentum – Familie – Religion ist der Marsch in den Totalitarismus vorgezeichnet. Am Ende entscheidet nicht mehr der Gerichtsvollzieher, sondern der Scharfrichter. Die totale Abwertung und Indienstnahme der Familie und die Übertragung ihrer Funktionen an professionelle Regierungsinstitutionen dehnen den Handlungsspielraum des Staates bis in die Kinder- und Schlafzimmer

aus. Mit Blick auf die aktuell diskutierte und angestrebte staatlich organisierte „Frühförderung“ ließe sich hinzufügen, dass dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz konsequent die Zwangsabgabe der Kinder folgt. Beschämend ist die Tristesse des sozialdemokratischen Alltags, die eine derartige „Spießerideologie“ hervorbringt, um einen Begriff Hermann Glasers für den Nationalsozialismus zu verwenden. Alles ist gleich. Alles wird zugeteilt. Es mangelt an allem. Wie in der DDR bestehen die einzigen Farbunterschiede in Schattierungen von Grau – Asphaltgrau, Graphitgrau, Mausgrau, Steingrau, Nebelgrau. Wer nach der Freiheitsrevolution 1989 und dem Fall der Mauer durch Ost-Berlin geradelt ist, weiß wie schön der Farbtupfer eines kapitalistischen Coca-Cola Plakats sein kann.

Sozialismus und die fundamentale Freiheit, über seinen Lebensweg selbst entscheiden zu können, sind unvereinbar. Im Sozialismus kann es nur eine wirtschaftliche Autorität geben, die über alles bestimmt, was mit der Produktion und ihrer Verteilung zusammenhängt, darunter auch die Zulassung zum Studium oder die von Büchern sowie die Erlaubnis zu malen, zu dichten und zu musizieren. Mit den Worten von Friedrich August von Hayek: *„Das Kommando über die Güterproduktion ist das Kommando über das menschliche Leben schlechthin.“* Ray Bradbury illustriert in Fahrenheit 451, dass ein Verbot selbstständigen Denkens eine wesentliche Stütze jedes autoritären Regimes ist.

Ein bisschen Kollektivismus ist nicht zu haben: er neigt zur schneeballartigen Ausbreitung und begräbt schließlich die

individuelle Vielfalt unter einer Lawine. Wegen des ihm immanenten Interventionismus ist der sozialdemokratische Marsch in den Totalitarismus keine polemische Parole, sondern eine Frage der Zeit und der Wehrhaftigkeit seiner Gegner.

Überdies liegt die Vermutung nahe, dass der letzte Zweck überzeugter Sozialisten gar nicht die Gleichheit ist. Vielmehr ist die Herrschaft einer anderen Klasse das angestrebte Ziel, nämlich die Herrschaft der eigenen Horde. Und das bedeutet nichts anderes als die Ausbeutung der Bürger durch die Funktionäre. Damit entpuppt sich Gleichheit einerseits als Realität, nämlich als Gleichheit in Armut der Unterworfenen, andererseits als Phrase angesichts der ungleichen Behandlung der Menschen und der Drangsalierung Andersdenkender. *„Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher.“* stand als letztes und einziges Gebot an der Wand der Farm der Tiere. Mit Blick auf Orwells Novelle ist Sozialismus die Herrschaft der Schweine. Gleichheit wird zum Transmissionsriemen, zur Zwecklüge für den Herrschaftswechsel.

Der ungarische Philosoph Anthony de Jasay hat selbst die Forderung nach Chancengleichheit als Begriff ohne Bedeutung entlarvt. Um Chancengleichheit zu gewährleisten, müsste jeder persönliche Gewinn unverzüglich egalisiert werden, um nicht erneut Chancenungleichheit hervorzurufen. Die Forderung nach Chancengleichheit bedeute, auf einen Endzustand zu zielen, an dem niemand vorn liegt. Analytisch und praktisch bestehe kein Unterschied zur Ergebnisgleichheit. Im Lichte einer genaueren Prüfung erweise sich Chancengleichheit – genauso wie

Volkseigentum – als inhaltsleeres Wortgebilde oder schlimmer als etwas, das im gleichen Atemzug geleugnet wird.

Schließlich muss eine sozialistische Gesellschaft auch aus ethischen Gründen scheitern. Die moralischen Vorstellungen von Menschen, die in kleinen Gruppen leben, lassen sich nicht auf große, anonyme Gesellschaften übertragen. Die Moral des Stamms, der Sippe, der Horde eignet sich nicht für die „Große Gesellschaft“. Dabei spielt es keine Rolle, ob Stalin, Jesus oder Ludwig Erhard eine sozialistische Planwirtschaft betriebe. Die zentrale Planung kann in allen Lebensbereichen so gut wie keine oder kaum individuelle Wertmaßstäbe dulden und dementsprechend auch keine individuelle Moral. Beide stellen Störfaktoren in der vorausschauenden Planung dar. Rechtsstaatlichkeit ist aus demselben Grund mit Sozialismus unvereinbar, denn sie würde eine Selbstbeschränkung der Planungsbehörden erfordern. Was bleibt ist die willkürliche Herrschaft von Menschen über Menschen statt der Herrschaft des Rechts.

Der Sozialismus ist als Ideal untauglich. Gerade seine perfekte Realisierung bewirkt das Gegenteil dessen, was seine Anhänger propagieren. Aus der Forderung nach Freiheit von Not und einem gerecht verteiltem Wohlstand entsteht schließlich Elend, Armut und Unterdrückung. Allerdings erreichen diejenigen Verfechter des Sozialismus, die sein Wesen durchschaut haben und ihn dennoch propagieren, ihre persönlich angestrebten Vorteile: Nahezu unbeschränkte Macht, Herrschaft über Menschen und Wohlstand auf Kosten der Bevölkerung. Mit den Worten von Lord Acton:

„Sozialismus nimmt den Despotismus hin. Er verlangt die stärkste Ausübung von Macht – Macht, die ausreicht, um in das Eigentum einzugreifen.“ Zu den wissentlichen Profiteuren gehört „Napoleon“ – der Berkshire-Eber von Orwells Schweinen – genauso wie „Quiekschnautz“ das Propaganda-Schwein. Überhaupt hat Orwell mit „Farm der Tiere“ die ruinöse (Selbst)Ausbeutung beispielhaft beschrieben. Das gilt auch für die nur durch Handel mit der kapitalistischen Welt überlebensfähige Enklave und die Propaganda, die auf der Farm zunehmend die Realität verdrängt, indem sie wahr und falsch bis zur Unkenntlichkeit durcheinander wirbelt.⁶

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung, die Marktwirtschaft müsse mit sozialistischen oder staatswirtschaftlichen Elementen angereichert werden, nicht nur kontraproduktiv, sondern geradezu unverständlich. Warum soll Sand ins Getriebe gestreut werden? Warum soll ein gut schmeckender Kuchen, der eine Prise Salz enthält, damit er seinen Geschmack voll entfalten kann, mit massenhaft Viehsalz verdorben werden?

6 Anders als Mises, schien George Orwell 1946 noch an den Fortbestand und die Prosperität des Tiersozialismus zu glauben, der grandiose Bauleistungen hervorbrachte und gleichzeitig die Bevölkerung hungern ließ.

V. Der Dritte Weg führt nach nirgendwo

Verteidiger des Sozialismus argumentieren häufig, dass es sich bislang lediglich um eine unzureichend verwirklichte, nicht aber die eigentlich intendierte Form des Sozialismus gehandelt habe. Zuweilen sollen es falsche Führer gewesen sein, die die eigentlich gute Idee des Sozialismus verhunzt hätten. So lautet der Mythos, den wir schon von Hitlers Autobahnen und seiner Überwindung der Wirtschaftskrise kennen. In abgestufter Form fordern Apologeten eines „Dritten Weges“ eine Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus – also Marktsozialismus. Dazu ist folgendes anzumerken:

1. Märkte sind wie gezeigt unvereinbar mit der sozialistischen Ethik. Die Preiskalkulation auf Märkten und das Entdeckungsverfahren ist nur mit freien Preisen zu haben und nicht mit dem Interventionismus des Dritten Weges.
2. Das dem Sozialismus eigentümliche Kollektiveigentum sowie seine Staatsbetriebe und Funktionäre würden jeden Versuch einer erfolgreichen Simulation des Marktes zum Scheitern verurteilen.⁷
3. Die Menschen werden im Marktsozialismus auf Märkten weiter Wohlstand hervorbringen, allerdings in deutlich begrenzterem Umfang. Der Sozialismus ist nie völlig ohne Märkte ausgekommen, beispielsweise illegale Schwarzmärkte, teilweise legalisierte Nischenmärkte für

7 Die Theorie der Eigentumsrechte und die Principal-Agent-Theorie stützen diese Sicht.

Handwerker sowie die Verbindung zu internationalen Güter- und Kapitalmärkten. Sie allein waren imstande, den Sozialismus jahrelang am Leben zu halten.

Das Ansinnen, die Effizienz der Märkte mit Egalitarismus und Kollektiveigentum verbinden zu wollen, ist ein fundamentaler Irrtum. Egalitarismus und Kollektiveigentum zerstören über institutionelle Anreize und Zwänge die Märkte. Sozialismus verändert nicht nur die Verteilung dessen, was Märkte hervorbringen, sondern zerstört gerade die Institutionen, die für die marktwirtschaftliche Leistungserbringung erforderlich sind. Märkte sind effizient, weil sie Gewinner und Verlierer, Risiko und Haftung, Unternehmertum und Bankrott, Spekulation und Unsicherheit benötigen, argumentiert Anthony de Jasay, der 1948 aus dem kommunistischen Ungarn emigrieren musste. Sozialisten wollen zur Produktivitätssteigerung nur die positiven Seiten gelten lassen. Sie bekämpfen die negative Kehrseite der Medaille und enden so zwangsläufig im Bankrott. Märkte können nur erfolgreich sein, wenn sich das Eigentum in privater Hand befindet. Und das bedeutet, dass jeder, der Ressourcen bündelt und nutzt, bei einer richtigen Wahlentscheidung in vollem Umfang profitiert, aber auch bei einer schlechten alle Konsequenzen selbst trägt.

Konsequente Sozialisten rennen für de Jasay genauso wie Verfechter eines Marktsozialismus in eine Mauer totaler Widersprüche: Kann es eine Eigentumsform geben, die in ihren Auswirkungen auf die Motivation der Menschen privat bleibt, zugleich aber auch nicht-privat, indem sie marktwirtschaftliche Dominanz, markt-

wirtschaftliche Ungleichheit und vermeintliche marktwirtschaftliche moralische Willkür ausschließt?

In unnachahmlicher Weise resümiert de Jasay die Konsequenzen von Kollektiveigentum: *„Sobald der Staat der einzige Besitzer von Vermögenswerten ist, die getauscht werden, kann er bestenfalls den Tausch zwischen seiner rechten und seiner linken Hand organisieren, mit dem Ergebnis eines 'simulierten Marktes', der simulierte Vermögenspreise erzeugt, einem simulierten 'veränderlichen' Zinssatz, simulierten Gewinnen und Verlusten simulierter Effizienz, am Ende des Weges simulierten Geschäften, die vortäuschen simulierte Güter zu verkaufen.“* Marktsozialismus ist ein Selbstbetrug infolge verworrenen und widersprüchlichen Denkens. Daher sind Marktsozialismus und Dritter Weg mit den Worten des vielleicht erfrischendsten politischen Denkers unserer Zeit ein *„offener begrifflicher Widerspruch wie heißer Schnee, jungfräuliche Prostituierte, fettes Skelett, rundes Quadrat“*.

VI. Freiheit ermöglicht mehr Gleichheit als Sozialismus

Lassen Sie mich zum Schluss noch summarisch auf die weiteren Anklagen Wilhelm Röpkes eingehen:

Wie der Sozialismus uns in ein unentrinnbares und allumfassendes staatliches Supermonopol hinein führt, zeigt die Geschichte der UdSSR, des Dritten Reichs und der DDR eindringlich. Woran liegt das? Sozialismus ist die Übertragung militärischer Regeln auf das Wirtschaftsleben und die Gesellschaft. Bekanntlich forderte Lenin die Organisation aller bestehenden Einrichtungen nach dem Vorbild der Armee. Sozialistische Ökonomien sind auf sichtbare Betriebe fixiert: nur in einer Marktwirtschaft ist der Verbraucher mit seinen zu entdeckenden Wünschen König und Befehlsgeber.

Wenn der Sozialismus bereits im Inland ein Supermonopol begründet, wird damit offenkundig, dass er mit den Erfordernissen der „internationalen Gemeinschaft“ unvereinbar ist. An einer monopolistischen internationalen Wirtschaftsordnung kann nur jemand Freude haben, der sich nach einer Weltregierung sehnt. Internationale Arbeitsteilung, Diversität der Werte und Kulturen, Freiheit in Verschiedenheit stehen im elementaren Widerspruch zum Weltsozialismus. Wohin das führt, zeigt Ayn Rand eindrucksvoll in ihrer Novelle „Hymne“. Hier erlebt ein menschliches Lebewesen die Unterdrückung durch eine allmächtige Regierung. Equality 7-2521, der Protagonist, lehnt sich in einer dunklen, wirtschaftlich und intellektuell zerstörten, vom Kollektivismus beherrschten Welt gegen den Staat auf und entdeckt in einem qualvollen Kampf die eigene Individualität sowie die vergessene Geschichte der Menschheit.

Schließlich macht Sozialismus eine permanente Inflation unvermeidlich, wie zuletzt der Weltrekord mit 11,2 Millionen Prozent Preisinflation in Simbabwe zeigt, weil Politiker Zugang zur Notenpresse haben. Ökonomisch liegt das am permanenten Überhang überhöhter Investitionstätigkeit gegenüber mangelndem Sparen, der mangels Zinsen nicht entdeckt wird, und wachsenden Defiziten im Staatshaushalt finanziert durch die Zentralbank.

Ein sozialistischer Staat ist notwendigerweise ein totalitärer Staat. *„Es ist eine kaum entschuld bare Naivität zu glauben, dass ein Staat im Bereich der Wirtschaft total sein kann, ohne es zugleich im politischen und geistigen Bereich zu sein und umgekehrt.“* konstatierte Wilhelm Röpke in seiner „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“.

Sozialisten dürften vielfach Opfer einer falschen Wahrnehmung sein. Sie meinen, Märkten zu misstrauen und sie verabscheuen die herrschenden Zustände, die sie als Kapitalismus brandmarken. Tatsächlich aber leben wir in einer Welt des Korporatismus und Neosozialismus, einer staatswirtschaftlich pervertierten Marktwirtschaft.

Freiheit sorgt für Ungleichheit, aber auch paradoxerweise für mehr Gleichheit als in unfreien, sozialistischen Gesellschaften. Sie brauchen nur die Perspektive zu ändern und einmal über Generationen hinweg zu denken. Die Wohlstandsentwicklung gerade armer Menschen in westlichen Ländern ist einzigartig, wenn Sie den Lebensstandard von 1900 mit dem des Jahres 2000 vergleichen: Bäder mit warmem Wasser, preiswerte Ernährung mit guter Qualität

in Discountern, bezahlbare elektrische Geräte, Zahnärzte und Kleidung. Ein Anzug unterscheidet Arm und Reich heute lediglich durch die Qualität des Stoffes. Und in einer freien Gesellschaft herrscht Gleichheit vor dem Recht.

Der Schutz der Eigentumsrechte ist mit dem Schutz der Freiheit weitgehend identisch. John Locke war der Auffassung, dass der Schutz des Eigentums, darunter auch des Eigentums am eigenen Körper, die Hauptaufgabe des Staates sei und der einzige Grund, seine Existenz zu rechtfertigen. Eigentum schafft Unabhängigkeit, gerade auch von staatlichem Einfluss. Eigentum dezentralisiert Macht. Eine breite Streuung von Eigentum nutzt gerade denjenigen, die relativ wenig Eigentum besitzen. Der Schutz des Eigentums und seiner Verfügbarkeit steht mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes in unmittelbarem Zusammenhang. Das zeigt unter anderem der jährlich erstellte International Property Rights Index. Das Fünftel der Länder mit der wirkungsvollsten rechtlichen Eigentumsgarantie weist ein durchschnittliches Volkseinkommen pro Kopf in Höhe von rund 35.000 USD auf, während in Ländern am unteren Fünftel der Skala lediglich 4.500 USD pro Kopf und Jahr zur Verfügung stehen. Eigentum verlagert die Aufmerksamkeit auf langfristige Interessen und Perspektiven, sorgt für Stabilität und sozialen Frieden.

Staatliche Eingriffe in Eigentum und Beschränkungen seiner Verwendung nützen genauso wie staatliches Eigentum nur Sonderinteressen. Im Mittelpunkt einer freien Gesellschaft steht Eigentum für die breiten Massen, nicht Einkommen. Sozialismus

führt hingegen zu einem Taschengeldstaat mit einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ohne Perspektive. Jede Gesellschaft, die auf der strikten Wahrung individueller Eigentumsrechte beruht, hat dagegen eine glänzende Zukunft.

Literaturhinweise

Friedrich August von Hayek: Der Weg zur Knechtschaft, (englische Erstauflage 1944) Neuauflage München 1994.

International Property Rights Index. 2010 Report, durchgeführt von Victoria Strokova mit Beiträgen von Barun S. Mitra u.a., hg. vom Liberalen Institut der Friedrich Naumann Stiftung und dem Institut für Unternehmerische Freiheit, Berlin 2010.

Anthony de Jasay: Market Socialism: A Scrutiny. 'This Square Circle', Institute of Economic Affairs (Occasional Paper 84), erste Auflage März 1990, zweite Auflage Lancing 1991.

Ludwig von Mises: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 47 (1920), S.86-121.

Ludwig von Mises: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, (Erstauflage 1922) unveränderter Nachdruck der zweiten Auflage von 1932, Lucius & Lucius Verlag, Stuttgart 2007.

Ludwig von Mises: Vom Wert der besseren Ideen. Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik, (engl. Erstauflage 1979) Olzog Verlag, München 2008.

Michael von Pröllius: Die Pervertierung der Marktwirtschaft, Olzog Verlag, München 2009.

Rolf W. Puster: Die ökonomische Fundierung des Liberalismus durch die Österreichische Schule. Diskussionsbeitrag zur Besprechung am Philosophischen Seminar der Universität

Bonn am 5. Februar 2010.

Wilhelm Röpke: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, (Erstauflage 1942) 6. Auflage Erlenbach-Zürich, Stuttgart 1979.

Immo H. Wernicke: Finanzkrise – Krise der amtlichen Statistik? Kritik an staatlicher Berichterstattung zur Lage von Wirtschaft und Finanzmärkten im Krisenjahr 2008, (Position liberal 85) Potsdam 2009.

Über den Autor

Dr. phil. Michael von Prollius ist Publizist und Gründer von Forum Freie Gesellschaft, einer Internetplattform, die für eine Renaissance und Weiterentwicklung von klassischem Liberalismus und Österreichischer Schule im Sinne einer freien Gesellschaft wirbt.

Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen zählt eine Reihe Bücher, u.a. über den historischen Jesus, das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten und Analysen zur Finanzkrise: "Die Pervertierung der Marktwirtschaft", "Geldreform. Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld" (zusammen mit Thorsten Polleit) und "Die Euro-Misere". Sie zeigen, wie das staatliche Geldmonopol Wirtschafts- und Finanzkrisen verursacht und in einer Überschuldungsklemme mündet, aber auch den Ausweg aus der Misere: die Rückkehr zu freiem Marktgeld. In "Auf der Suche nach einer neuen Ordnung" skizziert Michael von Prollius Ansätze für eine Revitalisierung einer liberalen Ordnung.

Michael von Prollius leitet den Wissenschaftskreis der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft, ist Mitglied im Stiftungsrat der Friedrich August von Hayek Stiftung und als assoziierter Forscher beim Liberalen Institut (Schweiz) tätig.

Michael von Prollius hat über 90 Rezensionen verfasst, vielfach für wissenschaftliche Zeitschriften. Er hat in vielen namhaften liberalen und libertären Institutionen sowie Zeitungen des deutschsprachigen Raums publiziert, darunter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Neuen Zürcher Zeitung.

Seine Homepage ist hier erreichbar: <http://michael.von.prollius.de>

